

Wettrüsten macht Klimaziele unerreichbar

Zusammenfassung

Die Welt steuert auf rund drei Grad Erderhitzung zu, Österreich sogar auf vier. Die Klimakrise bedroht die Existenz von Milliarden Menschen und erhöht geopolitische Risiken.

Ein zentraler, bislang kaum beleuchteter Treiber der Erderhitzung ist das Militär. Es verursacht erhebliche Treibhausgasemissionen – durch laufenden Betrieb, Infrastruktur, Rüstungsproduktion und Lieferketten. Zugleich werden militärische Emissionen bislang völlig unzureichend erfasst und kaum reguliert – auch in Österreich. **Nach Attac-Berechnungen betrugen die globalen Emissionen des Militärs im Jahr 2025 rund 4,3 Milliarden Tonnen CO₂-Äquivalent. Das entspricht etwa 8 Prozent der globalen Emissionen.**

Doch die weltweiten Militärausgaben steigen rasant weiter und machen die Klimaziele damit de facto unerreichbar. Um die Erderhitzung auf 1,5 bis maximal 2 Grad zu begrenzen, müssten die weltweiten Treibhausgasemissionen laut Pariser Abkommen bis 2030 halbiert werden. **Steigen die weltweiten Militärausgaben weiter wie geplant an, würden die weltweiten Heere 2030 etwa 25 Prozent der maximal erlaubten Gesamtemissionen beanspruchen.**

Die militärischen Emissionen europäischer NATO-Staaten haben im Hinblick auf die Klimaziele der EU eine ähnliche Größenordnung (26 Prozent). Selbst ernsthafte Emissionsminderungen in Industrie, Verkehr oder Energie würden durch den militärischen Sektor zunichte gemacht werden. Werden die angekündigten Rüstungsprogramme umgesetzt, rücken selbst minimale Klimaziele in unerreichbare Ferne.

Attac fordert:

1. Militärische Treibhausgasemissionen müssen endlich verbindlich in die internationale Klimabilanz einbezogen werden.
2. Das internationale Wettrüsten muss gestoppt und die Militärausgaben müssen gesenkt werden.
3. Die Rüstungsindustrie muss demokratisch kontrolliert und zu emissionsarmer, ziviler Produktion umgebaut werden.

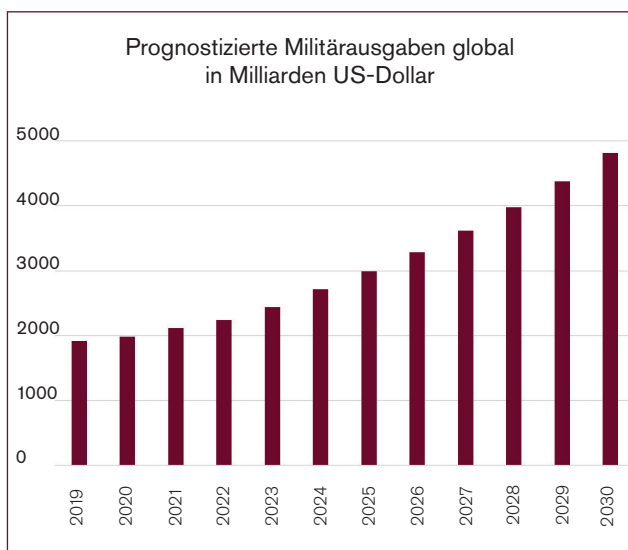
„Das Wettrüsten untergräbt jede Chance, die Klimakrise abzufedern. Es bedeutet nicht nur mehr Emissionen, sondern auch weniger Spielraum für Klima-, Sozial- und Friedenspolitik. Wer es mit Klimaschutz ernst meint, muss Investitionen fürs Militär in Bereiche wie Klimaschutz umlenken – nicht umgekehrt.“

Max Hollweg, Attac Österreich

1. Ausgangslage: Die Welt im Aufrüstungsfieber

Kriege und geopolitische Spannungen haben in den vergangenen Jahren zu einem neuen globalen Rüstungsboom geführt. Viele Staaten erhöhen ihre Militärbudgets deutlich und langfristig. Die Europäische Union will mit dem Programm „ReArm Europe“ mehr als 800 Milliarden Euro in militärische Kapazitäten stecken. Parallel dazu verfolgen NATO-Staaten neue Zielmarken für Verteidigungsausgaben von 3,5 bis 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dafür wären hunderte Milliarden zusätzliche Investitionen in die Armeen notwendig.

Neben der EU rüsten vor allem China, Russland und die USA seit Jahren massiv auf. 2024 stiegen die weltweiten Militärausgaben um fast weitere 10 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf den Rekordwert von 2 718 Milliarden US-Dollar. Mehr als die Hälfte davon entfielen auf die NATO-Staaten (55 Prozent).¹ Steigen die globalen Militärausgaben weiterhin jährlich um 10 Prozent, erreichen sie im Jahr 2030 die Summe von 4 815 Milliarden US-Dollar. Angesichts der weltweiten Aufrüstungspläne ein durchaus realistisches Szenario.



Auch Österreich ordnet sich dieser Entwicklung unter. Um die europäischen Vorgaben zu erfüllen, sollen die Militärausgaben auf zwei Prozent des BIP steigen. Das entspricht nach aktuellen Prognosen² jährlichen Ausgaben von über zwölf Milliarden Euro ab 2032 – mehr als eine Verdopplung gegenüber dem Jahr 2025.

Zusätzlich plant die Bundesregierung im Rahmen des „Aufbauplans 2032+“ weitere Investitionen von rund 17 Milliarden Euro, insbesondere für Kampfflugzeuge, Panzer und andere schwere Waffensysteme³.



2. Das Militär ist besonders klimaschädlich

Empirische Forschung zeigt einen klaren Zusammenhang zwischen steigenden Militärausgaben und wachsenden Treibhausgasemissionen. Modellanalysen auf Basis von IPCC-Szenarien⁴ weisen darauf hin, dass zusätzliche Rüstungsausgaben systematisch mit einer höheren CO₂-Intensität der Gesamtwirtschaft einhergehen.

2.1. Mehr als nur Treibstoffverbrauch

Der überwiegende Teil militärischer Emissionen entsteht im operativen Betrieb. Treibstoffe machen regelmäßig mehr als zwei Drittel des Energieverbrauchs aus. Besonders emissionsintensiv sind Luftwaffe, Marine und schwere Landsysteme – im Einsatz ebenso wie bei Übungen.

Hinzu kommen erhebliche indirekte Emissionen aus der Rüstungsproduktion, aus globalen Lieferketten, aus Infrastrukturprojekten sowie aus Wartung und Logistik. Diese vorgelagerten Emissionen werden in nationalen Klimabilanzen häufig nicht oder nur unzureichend erfasst, was zu einer systematischen Unterschätzung der tatsächlichen Klimawirkung des Militärs führt.⁵

Woraus setzen sich Militäremissionen zusammen?⁶



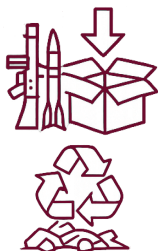
1. Operative Emissionen

- Treibstoffverbrauch von Kampfjets, Schiffen, Panzern, Hubschraubern und Militärfahrzeugen im Einsatz und im Übungsbetrieb



2. Infrastrukturemissionen

- Energieverbrauch für den Betrieb und die Instandhaltung von Militärbasen, Kasernen, Häfen, Flugplätzen, Radarstationen und Versorgungsdepots



3. Beschaffung, Logistik, Lieferketten und Abfall

- Herstellung von Waffen, Munition und militärischer Ausrüstung (z. B. Panzer, Flugzeuge, Satelliten)
- Transport von Materialien, Ersatzteilen und Truppen rund um den Globus
- Demontage von veralteten Waffensystemen, Ausrüstung und Militärbasen

Wissenschaftliche Studien zeigen zudem: Großkonflikte wie der Irakkrieg oder der Krieg in der Ukraine haben nicht nur massives menschliches Leid und ökologische Schäden verursacht, sondern auch langfristige Emissionsspuren hinterlassen, etwa durch Zerstörung von Infrastruktur und energieintensiven Wiederaufbau.⁷

Versuche, militärische Aktivitäten im Rahmen einer „grünen Aufrüstung“ zu dekarbonisieren, ändern an diesen strukturellen Widersprüchen wenig. Effizienzsteigerungen oder alternative Treibstoffe können einzelne Emissionsquellen reduzieren, verändern jedoch nicht die Grundlogik eines Sektors, der auf energieintensive Systeme, globale Lieferketten und potenzielle Zerstörung ausgerichtet ist.

2.2. Fehlende Regulierung und Berichtspflicht

Der Militärsektor nimmt darüber hinaus auch in der Klimapolitik eine Sonderrolle ein. Historisch wurde nach Druck der USA die Berichterstattung über militärische Emissionen aus dem Kyoto-Protokoll

(1997) ausgeschlossen, und im Pariser Abkommen von 2015 blieb sie freiwillig.

Dadurch ist heute keine Regierung verpflichtet, ihre militärischen Emissionen umfassend an die UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) zu melden. Insgesamt ist das Reporting nicht nur unvollständig, sondern auch uneinheitlich, was eine erhebliche Lücke in globalen Klimabilanzen und Klimapolitiken schafft.

Diese Ausnahme schwächt die Kohärenz der Klimapolitik insgesamt und verursacht einen blinden Fleck: den sogenannten „Military Emissions Gap“. Zwar steigt die Anzahl an Publikationen zu diesem Thema seit 2023 stark an, doch sind auch dort meist nur Schätzungen möglich, da beispielsweise der genaue Treibstoffverbrauch und ähnliche Daten der Geheimhaltung unterliegen.⁸

2.3. Militärausgaben gehen auf Kosten von Klimaschutz und -anpassung

Neben den direkten Emissionseffekten entfaltet Aufrüstung erhebliche finanzpolitische Nebenwirkungen. Steigende Militärausgaben binden öffentliche Mittel über lange Zeiträume. Was an Geld in Waffen investiert wird, fehlt für Gesundheit, Pflege, Bildung und auch für Klimaschutz - gerade in Zeiten knapper Budgets. Während die österreichische Regierung Maßnahmen für Klimaschutz streicht und den Klimabonus abschafft, verdoppelt sie die Ausgaben fürs Militär.

Höhere Militärausgaben gehen in vielen Staaten mit Kürzungen bei Entwicklungszusammenarbeit und internationaler Klimafinanzierung einher. Schon 2023 und 2024 erhöhten NATO-Staaten ihre Militärausgaben deutlich, während gleichzeitig Budgets für Entwicklungshilfe sanken.⁹ 2025 setzte sich dieser Trend fort.

Auch das Budget für die österreichische Entwicklungszusammenarbeit und den Auslandskatastrophenfonds sinkt bis Ende 2026 um fast ein Viertel im Vergleich zu 2024.¹⁰ Davon betroffen sind insbesondere Programme zur Klimaanpassung in Ländern des globalen Südens, die überdurchschnittlich stark von den Folgen der Erderhitzung betroffen sind.

Diese Prioritätenverschiebung erhöht langfristig das Risiko sozialer Spannungen, wirtschaftlicher Instabilität und weiterer gewaltsamer Konflikte.

3. Wie klimaschädlich ist das Militär?

Bereits 2019, also noch vor dem russischen Angriff auf die Ukraine und dem Beginn des aktuellen Wettbewerbs, verursachten die Streitkräfte weltweit rund 2,75 Milliarden Tonnen CO₂-Äquivalente. Das entsprach etwa 5,5 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen. Wären die Armeen der Welt ein eigener Staat gewesen, hätten sie schon damals auf Platz vier der größten Emittenten gelegen – hinter China, den USA und Indien.¹¹

Nach konservativen Attac-Berechnungen auf Grundlage der Daten von *Scientists for Global Responsibility*¹² waren die Heere weltweit im Jahr 2025 für rund 8 Prozent der globalen Emissionen verantwortlich.



Ausgehend von einer jährlichen Erhöhung der globalen Militärausgaben um 10 Prozent werden die Treibhausgasemissionen aller Heere bis 2030 auf über 6,9 Milliarden Tonnen CO₂-Äquivalente anwachsen. Das wäre 2,5-mal so viel wie 2019.

Setzt man diese Zahlen in Relation zu den globalen Emissionsobergrenzen für 2030, wird das Ausmaß des Problems deutlich: Um die Erderhitzung auf 1,5 bis maximal 2 Grad zu begrenzen, müssten die weltweiten Treibhausgasemissionen laut Pariser Abkommen bis 2030 halbiert werden – von 54 Milliarden

Tonnen (Stand 2024) auf rund 27 Milliarden Tonnen CO₂-Äquivalente.¹³

Die prognostizierten 6,9 Milliarden Tonnen CO₂-Äquivalente des Militärs würden dann weltweit etwa 25 Prozent der maximal erlaubten Gesamtemissionen beanspruchen. Selbst ernsthafte Emissionsminderungen in Industrie, Verkehr oder Energie würden also durch den militärischen Sektor zunichte gemacht werden.

Ähnlich fallen Berechnungen des Versicherungs- und Finanzkonzerns Allianz für die NATO-Staaten der EU und Großbritannien aus. Steigen deren Militärausgaben auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, würden ihre Militäremissionen auf rund 604 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente anwachsen.¹⁴

Die EU hat wiederum das Ziel ausgegeben, ihre Emissionen bis 2030 auf 2,3 Milliarden Tonnen zu begrenzen. Auch wenn die EU-NATO-Staaten inklusive Großbritannien nicht deckungsgleich mit der gesamten EU sind: Die Emissionen des Militärs würden im Jahr 2030 demnach rund 26 Prozent der europäischen Gesamtemissionen betragen. Zu berücksichtigen ist zudem, dass sich die NATO-Staaten mittlerweile darauf geeinigt haben, ihre Militärausgaben teilweise nicht nur auf 3,5 Prozent, sondern sogar auf 5 Prozent des BIPs zu erhöhen.

Zusätzlicher Verbrauch könnte nötige EU-Emissionsreduktion übertreffen

Eine weitere Studie des *Transnational Institute*¹⁵ analysiert nur die operativen Emissionen der NATO-Staaten, also jene Treibhausgase, die nur durch den Energie- und Treibstoffverbrauch der Streitkräfte entstehen. Die Studie vergleicht dabei die Emissionen des bisherigen Zwei-Prozent-Ziels mit dem Ziel von 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Zwischen 2025 und 2030 würden dabei zusätzliche 692 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente ausgestoßen werden. Bei Militärausgaben von 5 Prozent des BIP würden die NATO-Emissionen sogar um rund 1120 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente ansteigen.

Zum Vergleich: Die EU muss zwischen 2025 und 2030 etwa 875 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente zusätzlich einsparen, um das 2030-Ziel zu erreichen. Die bis 2030 notwendigen Emissionssenkungen der EU würden also allein durch die NATO-Aufrüstung wieder aufgehoben werden.

Österreich: Klimateller gegen Kampffjet-Emissionen?

Österreich erfasst militärische Emissionen teilweise, doch die Bilanz ist lückenhaft: Berücksichtigt werden nur Energie- und Treibstoffverbrauch, die genaue Bilanz wird nur vage aufgeschlüsselt. Vorgelegte Emissionen aus Beschaffung und Produktion fehlen weitgehend.

Für 2020 und 2021 meldete das Bundesheer jeweils rund 120 000 Tonnen CO₂-Äquivalente. Mit der geplanten Verdoppelung bis Verdreifachung der Militärausgaben bis 2032 ist absehbar, dass die Militäremissionen stark steigen und tatsächliche Emissionsreduktionen in anderen Sektoren wieder aufgezehrt werden.¹⁶

Die Ansätze des österreichischen Bundesheeres zur Dekarbonisierung zeigen diesen Widerspruch deutlich. Mit dem sogenannten „Klimateller“ gibt es seit 2021 regionales Essen in den Kasernen.¹⁷ Die Heizsysteme wurden teilweise auf Wärmepumpen umgestellt und eine Flotte von E-Autos angeschafft.

Diese Emissionseinsparungen stehen aber in keinem Verhältnis zu jenen Emissionen, die 36 neue Kampffjets verursachen, die Teil der Aufbauplans 2032+ sind. So stößt ein Eurofighter allein in einer einzigen Flugstunde rund 11 Tonnen CO₂ aus.¹⁸ Das ist weit mehr als eine durchschnittliche Person in Österreich im ganzen Jahr verursacht.¹⁹

1 Stunde Eurofighter = mehr CO₂ als ein Mensch in einem ganzen Jahr

CO₂-Ausstoß im Vergleich



Eurofighter – 1 Flugstunde
≈ 11 Tonnen CO₂



Person in Österreich – 1 Jahr
≈ 7–8 Tonnen CO₂

4. Fazit

Die Attac-Berechnungen zeigen: Militärische Aufrüstung treibt Emissionen in Österreich, der EU und global nach oben. Werden die angekündigten Rüstungsprogramme umgesetzt, rücken selbst minimale Klimaziele in unerreichbare Ferne. Die ökologischen Verwüstungen eines Krieges – zerstörte Ökosysteme, Brände, Bombardierungen und die Emissionen des Wiederaufbaus – sind da noch gar nicht eingerechnet. Ein „grünes Militär“ ist eine Illusion: Jede zusätzliche Milliarde für Waffen bedeutet mehr Emissionen und weniger Spielraum für Klima-, Sozial- und Friedenspolitik.

Zugleich wirkt die Klimakrise selbst als Konflikttreiber: Hitze, Dürren und Überschwemmungen verschärfen soziale Spannungen, rauben Menschen Lebensgrundlagen und befeuern Gewalt.

Die daraus entstehenden Konflikte verursachen neues Leid, zerstören Umwelt und Klima – ein Teufelskreis.^{20, 21} Anstatt sich ausschließlich darauf zu konzentrieren, wie der Klimawandel die Sicherheit bedroht, muss auch berücksichtigt werden, wie Militarisierung die Klimakrise verstärkt.

Wer auf militärische Abschottung statt auf Klimagerechtigkeit setzt, verschärft am Ende genau jene Krisen, vor denen er*sie sich angeblich schützen will. Die Gewinner dieser Entwicklung sind nicht Sicherheit oder gesellschaftlicher Zusammenhalt, sondern Rüstungskonzerne und autoritäre Regime.

Forderungen

Das Wettrüsten untergräbt jede Chance, die Klimakrise abzufedern. Attac empfiehlt daher:

1. Militärische Treibhausgasemissionen müssen endlich verbindlich in die internationale Klimapolitik einbezogen werden. Die bisherige klimapolitische Sonderbehandlung des Militärs muss beendet werden. Die UN-Klimaverhandlungen (COP) sollen einheitliche, verpflichtende Berichtspflichten für alle Staaten schaffen – inklusive direkter Emissionen, Energiebezug und indirekter Emissionen aus Lieferketten, Beschaffung und Einsätzen. Was nicht gemessen wird, kann auch nicht gesteuert werden.

2. Das internationale Wettrüsten muss gestoppt und die Militärausgaben gesenkt werden. Transparenz allein ist zu wenig, ein „grünes Heer“ eine Illusion. Eine Senkung der militärischen Emissionen ist nur möglich, wenn Kriege und das Wettrüsten beendet werden. Für Österreich bedeutet das:

- Nein zur Erhöhung der Militärausgaben auf zwei Prozent des BIP
- Nein zur Beteiligung Österreichs am EU-Rüstungsprogramm ReArm Europe
- Ja zu Investitionen in soziale Sicherheit, Klimaschutz und Friedensarbeit

Die Voraussetzung für diesen Kurswechsel ist eine grundlegende Neubewertung der sicherheits- und fiskalpolitischen Prioritäten: Die aktuell dominante Abschreckungslogik führt in Wahrheit zu einer Aufrüstungsspirale sowie weiterer Eskalation und verfestigt das Sicherheitsdilemma.

3. Die Rüstungsindustrie muss demokratisch kontrolliert und zu emissionsarmer, ziviler Produktion umgebaut werden. Dazu gehören insbesondere der Ausbau erneuerbarer Energien, öffentliche Mobilität (Züge, E-Busse) und die dazu gehörende Infrastruktur. Diese Maßnahmen unterstützen die dringend nötige sozial-ökologische Transformation, die seit Jahren von Expert*innen und Zivilgesellschaft gefordert wird.

Quellen und Literatur

1. <https://www.sipri.org/databases/milex>
2. Attac-Studie (2025): Rüstungskonzerne und der Profit mit Krieg. Analyse zum systematischen Einfluss der Rüstungsindustrie auf die europäische Verteidigungspolitik
3. <https://www.derstandard.at/story/3000000269807/bundesheer-will-trotz-sparbedarfs-an-ruestungszielen-fest-halten>
4. Dong et al. (2025) Nature Communications – Rising military spending jeopardizes climate targets
5. CEOBS (2022): Estimating the Military's Global Greenhouse Gas Emissions
6. Greenly: Rearming Europe: Counting the Carbon "Bootprint"
7. Dong et al. (2025) Nature Communications – Rising military spending jeopardizes climate targets
8. <https://www.reuters.com/business/environment/worlds-war-greenhouse-gas-emissions-has-military-blind-spot-2023-07-10/>
9. TNI Studie (2025): NATO'S 3.5% Spending Goal - Unsustainable on every count
10. <https://www.globaleverantwortung.at/presseaussendung-regierung-kuerzt-in-aeusserst-kritischem-moment/>
11. <https://ceobs.org/new-estimate-global-military-is-responsible-for-more-emissions-than-russia/>
12. Ibid.
13. <https://climateactiontracker.org/publications/warming-projections-global-update-2025/>
14. Konkret von 146 Millionen Tonnen im Jahr 2019 um rund 462 Millionen Tonnen. https://www.allianz.com/content/dam/onemarketing/azcom/Allianz_com/economic-research/publications/specials/en/2025/june/2025-06-02-defense.pdf S.38
15. TNI Studie (2025): NATO'S 3.5% Spending Goal - Unsustainable on every count
16. <https://www.moment.at/story/vom-bundesheer-bis-zum-ukraine-krieg-wie-umweltschaedlich-ist-das-militaer/>
17. <https://www.bmlv.gv.at/cms/artikel.php?ID=11075>
18. <https://www.tagesschau.de/investigativ/rbb/klimaziele-bundeswehr-co2-emissionen-101.html>
19. <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep0871.pdf>
20. Michelini, S. (2025). A Comprehensive Framework for the Relationship Between Organized Violence and Climate Change. Geopolitics, 1–35.
21. Patil, P. P. (2025). [Military expenditure associated with substantial material intensification of the global economy](#). Zenodo.

Attac Insights - eine Publikation von Attac Österreich

Autor*innen: Hanna Braun, Max Hollweg und David Walch
Lektorat & Layout: Barbara Cäcilia Supper-Schmitzberger
Wien, Februar 2026

Rückfragen und Kontakt

David Walch
Pressesprecher
Attac Österreich

presse@attac.at
mobile: +43 650 544 00 10
+43 1 544 00 10 10

Impressum:
Attac Österreich
Margaretenstraße 166/3/25
1050 Wien
www.attac.at